

Inhalt:

Bundestagsfraktion DIE LINKE.	2
Diskutiert	3
Steuerpolitik/ Rechtsfragen	4

UnternehmerInnen machen Politik:

Noch eine AG: Linke Unternehmer

»Wer euch sagt, dass ihr anders reich werden könnt als durch Arbeit und Sparsamkeit, der betrügt euch, der ist ein Schelm.« Diesen Satz, von Benjamin Franklin so einfach schon vor 250 Jahren dahingesagt, können viele, die sich als Linke Unternehmer bezeichnen, doppelt unterstreichen. Weil sie sich vor allem aus denen rekrutieren, die den ganzen Tag im eigenen Unternehmen ackern, wenn überhaupt mit wenigen Mitarbeitern, vor allem sich selbst ziemlich ausbeutend. Hier sind aber nicht jene gemeint, die Selbstständigkeit als letzten Anker vor Harz IV gewählt haben, aus der Not und mit wenig Aussicht auf langfristigen Erfolg. Nein, es geht besonders um die, welche mit Leidenschaft etwas unternehmen, selbstbewusst, Spaß an dem haben, was sie da ganz bewusst »aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung« tun, ganz im Sinn des Leitspruchs unseres Wirtschaftsverbandes.

Das wird oft schwer gemacht. Wenn es nur die Unzulänglichkeiten wären, die eine auf Großkonzerne und Globalisierung ausgerichtete Wirtschafts- und Steuerpolitik unserer wackernen Koalitionsregierung organisiert. Das sind wir gewöhnt, da erwarten wir nichts anderes. Oft sind es leider auch Leichtfertigkeit und sprunghaftes Herangehen aus den eigenen Reihen – durch die uns das Leben schwer gemacht wird. Das Bekenntnis zum Kleinunternehmertum, lange von uns angelehnt, gibt es inzwischen. Allerdings wird immer noch nicht genau erfragt, was denn eine politisch berechtigte Forderung wie zum Beispiel die nach gesetzlichen Mindestlöhnen oder

zu Steuern für kleine Unternehmen bedeutet. An der Stelle müssen sich einfach die Wirtschaftspraktiker stärker melden, die linken Unternehmer. Einmischen im positiven Sinne, aus den eigenen Reihen heraus sozusagen. Deshalb ist es richtig, dass nun neben 19 anderen die AG Linke Unternehmer kurz vor der Anerkennung als Bundesarbeitsgemeinschaft steht. In fünf West und vier Ostlandesverbänden findet gegenwärtig die Konstituierung statt oder hat bereits stattgefunden. Das hört sich gut an, aber ein Anfang ist eben nur der erste Schritt.

»Wir müssen nicht nur arbeiten, sondern auch träumen, nicht nur glauben, sondern auch handeln«, so Literaturnobelpreisträger Anatole France.

Also vom reich werden, um auf den ersten Satz zurückzukommen, träume ich nicht. Auch nicht, dass einer aus der linken Ecke demnächst den Nobelpreis für Wirtschaft erhält. Aber ich glaube, dass mit der AG ein Instrument zu schaffen ist, mit dem wir als linke Unternehmer wirksamer als bisher unsere Standpunkte darstellen können. Und Unternehmer in den Reihen der Linken gibt es wirklich Tausende, die müssen nur gemeinsam handeln, damit dieser Partei, die in diesen Monaten immer mehr Gestalt annimmt, auch mehr ökonomisches Gewicht zuwächst.

*Uwe Zimmermann, Vorstandsmitglied
OWUS Berlin-Brandenburg*

DIE LINKE.

Landesarbeitsgemeinschaft in Sachsen

Am 26.02.2008 wurde die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) »Linke UnternehmerInnen« im »Haus der Begegnung« in Dresden gegründet. Diese Gründung erfolgte auf der Basis des § 4 der Landessatzung DIE LINKE Sachsen. Als Mitglieder haben sich 51 Personen eingetragen, davon 39 Parteimitglieder.

Die Arbeitsgemeinschaft arbeitet auf der Grundlage einer diskutierten und beschlossenen Satzung.

Die LAG will durch ihre Arbeit einen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Willensbildung der Partei, Entwicklung entsprechender Programmatik und Strategie aus der Sicht und Interessenlage von Klein- und Mittelständigen Unternehmen (KMU), Freiberuflern und Selbständigen leisten. Sie wirkt durch ihre Arbeit gezielt an Projekten der Partei DIE LINKE mit und koordiniert den fachlichen Austausch von wirtschaftspolitischen Erfahrungen und Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene. Die LAG bietet den Raum für einen öffentlichen Diskurs der Positionen der Partei DIE LINKE Sachsen zu aktuellen Themen der Wirtschaftspolitik. In ihrer Weltanschauung linke UnternehmerInnen, die den gegenwärtigen wie zukünftigen Fragen aufgeschlossenen gegenüberstehen, gibt es wirklich!

Auch sie möchten bei der Gestaltung der neuen linken Partei aktiv mitwirken, die Partei »Die Linke« stärken. Für welchen Personenkreis ist das zutreffend? In vielen Fällen sind es Menschen, die sich auf Grund ihres zurückliegenden Berufslebens bereits mit linker Politik identifizieren und aus den verschiedensten Gründen einen Ausweg aus der drohenden bzw. erfahrenen Arbeitslosigkeit suchten. Aber es sind auch Personen, die ihre Selbstverwirklichung als höchste Form der Bedürfnisbefriedigung (nach Maslow) in der selbstständigen

Tätigkeit zu finden glaubten. Nicht alle hatten das Glück, dieses erstrebenswerte Ziel zu erreichen. Selbstständigkeit ist mit vielen Entbehrungen und Risiken verbunden, wenn ein Unternehmen neu gegründet und aufgebaut werden soll. Diese Thematik wäre jedoch Diskussionsstoff für ein gesondertes Seminar und sprengte diesen Rahmen. Welche Kompetenzen können nun linke Unternehmer in unsere Partei einbringen?

- Fachkompetenz, sonst besteht kein Unternehmen bzw. keine Organisation
- Methodenkompetenz
- Sozialkompetenz – im Rahmen der Anleitung und Führung von Menschen
- Lernkompetenz – Unternehmer müssen immer lernfähig sein, wollen sie Erfolg haben.

Insofern können linke Unternehmer zu einer spürbaren Bereicherung in unserer Partei beitragen. Die Wirtschaftspolitik der Partei sollte sich auf die Stärkung des Mittelstandes konzentrieren. Dazu gehören vor allem die Bestandspflege bestehender, die Gründung neuer KMU sowie die Gestaltung intensiverer Kooperationsbeziehungen zu deren besseren Potenzialausnutzung.

Als strategische Schwerpunkte wären dabei zu nennen:

- Die Entwicklung eines Wirtschaftsmodells, das auf einem demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz basiert und bei dem soziale Gerechtigkeit weitestgehend verwirklicht wird.
- der Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen,
- der Ausbau branchenbezogener Wirtschaftszentren,
- die Entwicklung von innovativen Zukunftstechnologien

Unsere Partei kann sich dabei auf bestehende diese Thematik betreffende Dokumente und Erkenntnisse beziehen wie z.B. das »Alternative Landesentwicklungskonzept Sachsen« (Aleksa) oder das Spiegelinterview Oskar Lafontaine's vom 25.06.07. Diese gilt es umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Unser Ziel muss es sein, eine moderne auf die Zukunft ausgerichtete Volkspartei in ganz Deutschland schaffen zu wollen. Aus diesem Grunde muss Wirtschaftspolitik ein ständiger Bestandteil unserer Parteiarbeit sein, um vor allem auch unseren Wählern und Sympathisanten aktuelle und zukunftsweisende Antworten auf ihre Fragen geben zu können! Die Stärkung der ökonomischen Basis unserer Partei durch freiwillige Unterstützungen (Veranstaltungen, Spenden) durch linke UnternehmerInnen soll hier nur ergänzend erwähnt werden.

*Andreas Hartmann, OWUS-
Landesverband Sachsen*

Die AG Wirtschaftspolitik der Linken stellt sich vor

Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftspolitik entstand 1990, als Mitglieder der PDS mit der Bildung von Initiativgruppen, Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften auf die politische Forderung reagierten, die Partei des Demokratischen Sozialismus aufzulösen. Seit dieser Zeit ging und geht es uns immer um die Politikwirksamkeit der Partei und in diesem Zusammenhang um die Erhöhung ihrer wirtschaftspolitischen Kompetenz. Damit verbunden war die permanente Erörterung, was dies zum besonderen Zeitpunkt konkret bedeutet. Das galt erst recht seit Gründung der WASG und Beginn des Parteineubildungsprozesses. Im Laufe der Jahre hat sich unser Verständnis von linker bzw. sozialistischer Wirtschaftspolitik gewandelt, sind über 40 Hefte der Reihe »Beiträge zur Wirtschaftspolitik« erschienen, wird über zwei Mailinglisten und eine Website kommuniziert, wurden/werden Parteitage anträge gestellt und der Partei zahlreiche wirtschaftspolitische Diskussionsangebote unterbreitet. Zugleich haben wir mit jenen in den Parlamenten und Verwaltungen die Zusammenarbeit gepflegt, die mit dem Mandat der Partei »Politik machen«. Wir haben uns in Kommunen und Regionen in konkrete Projekte eingemischt, mit Gewerkschaften, Arbeitslosenorganisationen, Unternehmer/innen, umweltpolitischen und globalisierungskritischen Initiativen kommuniziert und kooperiert und die Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Verbund entwickelt. Bei sich wandelnden konkreten Herausforderungen bildeten und bilden immer wieder kommunale und regionale Entwicklungen und damit zugleich kleinst-, klein- und mittlere Unternehmen wichtige Schwerpunkte unserer Arbeit. Dafür gibt es mehrere Gründe: Sollen Regionen nicht bloße Spielbälle von Konzernen sein, geht es um die Stärkung und Vernetzung von Akteuren mit anderen Interessen. Ostdeutschland und andere strukturschwache Regionen sind wegen der sozialen Probleme ein besonderer Gegenstand unserer Aktivitäten. Ihre Unternehmensstruktur wird durch KMU geprägt. Die Verfasstheit von KMU betrifft das Leben zahlreicher Menschen dort, wo die Partei verankert ist und mitgestalten will.

Judith Dellheim, Helmut Holter, Helmuth Markov, Axel Troost – Sprecher/innen der Arbeitsgemeinschaft

DIE Fraktion DIE LINKE. im Bundestag – im Einsatz für Klein- und Mittelständler

Ein kurzer Rechenschaftsbericht



Mehr als 90 Prozent der 3,4 Millionen in Deutschland eingetragenen Unternehmen haben weniger als 10 Mitarbeiter. An diesen Kleinunternehmen ging der Aufschwung bisher weitgehend vorbei. Die Bundesregierung hat dazu beigetragen, indem sie mit ihrer Haushaltskonsolidierung und Mehrwertsteuererhöhung die Binnennachfrage gedrosselt hat. Und ausgerechnet die Kleinunternehmen bekommen derzeit die Auswirkungen der Finanzkrise zu spüren. Fast jede zweite Firma mit weniger als 10 Mitarbeitern hat derzeit Probleme, einen Kredit zu erhalten, so der Verband Creditreform. DIE LINKE. fordert einen grundlegenden Politikwechsel. Über deutliche Einkommenssteigerungen und ein Investitionsprogramm muss die Binnennachfrage gestärkt werden. Davon profitiert auch der kleine Handwerker und Dienstleister vor Ort. Um an konkreten Punkten die Lage der kleinen und mittelständischen Unternehmen zu verbessern, hat die Bundestagsfraktion zugleich in den zurückliegenden Monaten konkrete parlamentarische Initiativen gestartet. Ein schneller Zugang zum Internet ist für die meisten klei-

nen und mittleren Unternehmen zunehmend überlebensnotwendig, auf dem Land und in Kleinstädten jedoch nicht selbstverständlich. Deshalb streitet DIE LINKE. dafür, dass ein schneller Internet-Anschluss in die gesetzlich garantierte Grundversorgung gehört, ähnlich wie es heute für einen Telefonanschluss gilt. Unseren Antrag dafür lehnte die Große Koalition ab. Dabei müsste schnell und verbindlich gehandelt werden. In Mecklenburg-Vorpommern etwa hat jedes vierte Gewerbegebiet keinen DSL-Anschluss. In der Debatte um die Steuerreform fordert die Linke den sogenannten Mittelstandsbauch im Einkommenstarif zu beiseitigen. Dieser belastet neben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überproportional auch Kleinbetriebe. Weiter schlagen wir im Bundestag vor, Arbeitgeberzusammenschlüsse insbesondere im ländlichen Raum zu unterstützen. (Siehe Beitrag Kirsten Tackmann unten) Ferner will DIE LINKE. Kleinbetriebe vom IHK-Beitrag befreien. Kleine und mittlere Unternehmen finanzieren als Pflichtmitglieder eine Kammer, die nicht oder kaum in ihrem Interesse handele und deren Nutzen sie nicht erkennen können.

Soweit in aller Kürze und mit freundlichen Grüßen

Sabine Zimmermann, MdB, mittelstandspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.

Die Fraktion DIE LINKE. reichte folgenden Antrag in den Bundestag ein zu Arbeitgeberzusammenschlüssen zur Stärkung ländlicher Räume:

Gemeinsam Personal einstellen und gemeinsam profitieren



Inhalt und Effekte des Beschlusses: Kennen Sie das auch: Eigentlich brauchen Sie jemanden für 10–15 Stunden in der Woche zur Unterstützung im Betrieb, aber dafür eine Stelle schaffen ist zu riskant? Vielleicht geht das anderen Betrieben auch so? Wenn sich mehrere Arbeitgeber mit ähnlichem Bedarf an qualifiziertem Personal finden, wäre die Gründung eines Arbeitgeberzusammenschlusses (AGZ) eine Lösung dieses Problems. Das zeigen französische Erfahrungen. Auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist das ein Vorteil. AGZ sind betriebliche Kooperationen vor allem in den KMU einer Region. Damit kann zeitweise oder saisonal verfügbare Arbeit so organisiert werden, dass ganzjährige, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde entlohnte Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Und das geht so: Der AGZ stellt Arbeitskräfte ein, die in den unterschiedlichen Mitgliedsbetrieben eingesetzt werden. Je nachdem, wo saisonal oder zeitlich Bedarf anfällt. Im Unterschied zur Leiharbeit beruht das aber auf festen Beziehungen der Mitgliedsbetriebe untereinander und einem festen, gemeinsamen Personalpool. Die Betriebe werden vom Personalmanagement entlastet und erhalten eingearbeitete Fachkräfte für die Zeit ihres erhöhten Arbeitsaufkommens. Und wenn keine Arbeit anfällt, dann bleibt Zeit für eine Weiterbildung. Empfehlenswert sind AGZ aus verschiedenen

Branchen, so dass sich Arbeitsspitzen möglichst gut verteilen. Die Vorteile eines AGZ sind vielfältig. Für die Unternehmen und für die Beschäftigten. Den Betrieben wird ein flexibler, am Bedarf orientierter Einsatz von eingearbeitetem, qualifiziertem Personal ermöglicht. Durch das professionelle Personalmanagement des AGZ können diese Mehrkosten wieder eingespart werden. Qualifizierungsmöglichkeiten können gemeinsam mit den anderen Mitgliedsbetrieben über den AGZ organisiert werden. Das ist auch ein Vorteil für die Beschäftigten. Aber noch wichtiger: Die Beschäftigten sind ganzjährig bei einem Arbeitgeber – dem AGZ – angestellt. Eine existenzsichernde Entlohnung vorausgesetzt, sind das sozial gesicherte Beschäftigungsverhältnisse. Und für manche durchaus ein Vorteil: Sie erfüllen eine Vielzahl von abwechslungsreichen Tätigkeiten in den Mitgliedsbetrieben. Durch die AGZ werden Ausbildungen, Fortbildungen und sonstige Qualifizierungsmöglichkeiten ermöglicht, welche zur beruflichen Weiterbildung beitragen, was wiederum eventuelle Erwerbsalternativen eröffnet. Hört sich gut an, klingt aber nicht, denken Sie? In Frankreich konnten damit bereits sehr positive Erfahrungen gesammelt werden. Im Jahr 2004 gab es im landwirtschaftlichen Bereich 4.100 AGZ mit ca. 40.000 Beschäftigten. Grundlage ist ein französisches Gesetz, welches Unternehmen erlaubt, einen Verein zu gründen, dessen Zweck es ist, seinen Mitgliedern kompetentes Personal zur Verfügung zu stellen. So einfach geht das in Deutschland nicht. Dem steht das deutsche Vereinsrecht entgegen. Aber es gibt andere Wege. Die gemeinsame Nutzung

von landwirtschaftlichen Maschinen über Maschinenringe und gemeinsame Vermarktung von Produkten werden auch in Deutschland schon lange erfolgreich betriebsübergreifend praktiziert. Warum sollte dies nicht auch für ein gemeinsames soziales Personalmanagement funktionieren? Aktuell gibt es in Deutschland sechs AGZ und einige weitere AGZ-Initiativen in Gründung. Im Bundesland Brandenburg wurden bereits seit ein paar Jahren positive Erfahrungen gesammelt. Im Jahr 2004 gründete sich der erste AGZ im Spreewald. Heute gibt es dort 35 Mitgliedsbetriebe und 45 Beschäftigte. Die Unternehmen kommen aus den Branchen: Land- und Fortwirtschaft, Nahrungsmittelverarbeitung, Dienstleistungen und Gastronomie. In Brandenburg wird die Gründung von AGZ in diesem und im nächsten Jahr mit Mitteln aus dem europäischen Sozialfond gefördert. Unterdessen gibt es

auch ein Europäisches Ressourcenzentrum mit ausdrücklicher politischer Unterstützung durch EU-Kommissar Spidla. AGZ sind das derzeit einzige Projekt, in dem der unternehmerische Bedarf an flexibler verfügbarer Arbeitskraft mit der sozialen Sicherung der Beschäftigten verbunden wird. Daher hat DIE LINKE im Bundestag in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, AGZ gezielt zu unterstützen und die bestehenden Hemmnisse zu beseitigen. Das wäre eine Unterstützung für die KMU gerade in ländlichen Regionen und würde dort neue Beschäftigungspotentiale erschließen – und die Abwanderung vielleicht in einigen Fällen verhindern. Infos unter: www.arbeitgeberzusammenschluesse.de

*Dr. Kirsten Tackmann (MdB),
Fraktion DIE LINKE.*

OWUS – Unternehmertreff

LINKE Wirtschaftspolitik im OWUS-Visier

Stefan Liebich im Berliner Unternehmertreff

Gast unseres Berliner OWUS-Unternehmertreffs im April 2008: Stefan Liebich, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin. Neben Erfolgsmeldungen der Berliner Senatpolitik wie Senkung der Arbeitslosenquote und Spitzenplatz Berlins unter den Bundesländern beim Anstieg an sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen zeigte er die aktuellen wirtschaftspolitischen Richtungen auf:

Informations- und Kommunikationstechnologie, Verkehr und Optik und die geplante Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors als sozialversicherungspflichtige Alternative zu den aktuellen Ein-Euro-Jobs. Im Verlaufe der Diskussion, die langjährige Mitglieder und neue Mitstreiter gleichermaßen aktiv bestritten, gaben die linken Unternehmer ihrem Gast wichtige Anregungen:

- Kritisch standen die OWUS-Mitglieder der Industriepolitik in Berlin gegenüber: Die öffentlich geförderte Neuan siedlung industrieller Unternehmen solle durch eine »Prüfungsstelle für Investoren« gestützt werden, die langfristige Unternehmensansiedlung und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze sichert und »Heuschrecken« und »Nokia«-Fälle verhindert, schlägt Heinz Weißhuhn vor; unterstützt von Ralf Nachtmann und Clemens Knaack.
- Die Ansiedlung großer Handelsunternehmen in den Bezir-



ken sollte mit Fingerspitzengefühl vorgenommen werden, vermerkt Peter Fischer – Innovative Wirtschaftszweige wie die Solarindustrie sollten in Berlin dringend weiter verfolgt werden, zumal Frankfurt O. direkt vor der Haustür liegt, sagt Bernd Mewes

- Der rot-rote Senat sollte sein Verhältnis zur IHK u. a. in Bezug auf die »Zwangsmitgliedschaft« und andere Bereiche genauer bestimmen, vertritt Hartmut Eisenschmidt
- Die Auswirkungen des Urteils »Rüffert« des Europäischen Gerichtshofs auf die Vergabe öffentlicher Aufträge sollten schnell beurteilt werden, merkt Martin Paech an.

Danke an alle Beteiligten für diesen anregenden Abend, und der nächste OWUS-Unternehmertreff ist bereits in Planung: Im Juni besuchen OWUS Berlin und OWUS-Brandenburg gemeinsam den neuen BBI- Flughafen in Schönefeld.

OWUS-Forderungen an den Minister für Infrastruktur und Raumordnung im Land Brandenburg

Ausgehend von einem sehr interessanten und informativen Unternehmertreffabend mit der verkehrspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Anita Tack, stellen die UnternehmerInnen, Selbstständigen und Freiberufler aus Potsdam folgende Forderungen zur weiteren Entwicklung der Verkehrspolitik im Lande an den Minister für Infrastruktur und Raumordnung, Reinhold Dellmann: Bezahlbare Transportleistungen sind ein Element der öffentlichen Daseinsvorsorge und Gebot wirtschaftlichen Handelns. Die immer weiter voran schreitende Privatisierung des öffentlichen Verkehrs in Deutschland kann im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes kein Weg in die Zukunft sein. Die letzten zehn Jahre zeigen eindringlich, dass die Transportkosten enorm gestiegen sind, so bspw. beim ehemals öffentlichen Ostseefährianbieter Scand-



lines um weit über 100%. Gleiches betrifft die Kosten für den eigenen Fuhrpark auf Grund steigender Treibstoffpreise, in denen ein nicht unerheblicher Anteil Steuern steckt. Gleichzeitig hat es die Politik nicht verstanden, die dadurch

entstandenen Mehreinnahmen für den Ausbaueiner sinnvollen Verkehrsinfrastruktur zu nutzen, die die Belange des Individualverkehrs mit den Belangen des ÖPNV in Übereinklang bringt. Im Gegenteil, das vorhandene Schienennetz der Deutschen Bahn AG wird weiter ausgedünnt. In der Fläche des Landes wie bspw. in Ketzin und anderswo verrottet eine ursprünglich intakte Bahnanbindung, d.h. hier lässt die Landesregierung zu, dass Volksvermögen vernichtet wird. Unter diesen negativen Auswirkungen leiden besonders auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Sie sind es aber, die heute einen Grossteil der Wertschöpfung in Deutschland erbringen. Sie sind es aber auch, bei denen steigende Transportkosten leider zu einem wesentlichen Faktor der Preisbildung geworden sind. Das schwächt die Wettbewerbskraft dieser Unternehmen und trägt damit nicht gerade zur Standort sicherung bei. Wenn es wirklich ernsthaftes Ansinnen der derzeitigen Bundesregierung ist, Arbeitslosenzahlen real und nicht nur auf dem Papier zu senken, dann sind wesentliche Faktoren:

- a) die Bereitstellung öffentlicher, für ALLE zugänglicher Transportkapazitäten zu bezahlbaren Preisen.
- b) die Bereitstellung einer Verkehrsinfrastruktur, die nahtlos die verschiedensten Verkehrsträger miteinander verbindet. D.h. bspw. Gütertransporte gehören auf die Schiene oder auf das Wasser. Bürgern muss es wieder möglich sein, mit der Bahn von A nach B zu fahren, ohne vorher stundenlang irgendwelche intransparenten Fahrpläne studieren zu müssen. Dann wird der Faktor Transportkosten in der unternehmerischen Kostenrechnung wieder wie früher einen nicht so großen Stellenwert einnehmen. Und damit werden finanzielle Mittel frei, um neue Mitarbeiter einzustellen. Wir erwarten, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten im Lande die Lösung dieser Probleme konstruktiv und umfassend vorantreibt und zugleich entsprechenden Einfluss nimmt auf die Bundesregierung.

Termine

28. Mai 18:00Uhr

Diskussion/Vortrag

Das Memorandum 2008 – Alternativen zur herrschenden Wirtschafts- und Sozialpolitik sind notwendig und auch machbar, Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik mit: Dr. Axel Troost und Prof. Dr. Klaus Steinitz

Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin, **Kategorie:** Gesellschaftstheorie, **Kosten:** 1,50 EUR, **Kontakt:** Helle Panke, **Tel:** 030-47538724, **Fax:** 030-47538775

06. Juni 10:00 – 17:00 Uhr

Exkursion Der Rote Block

Bus-Exkursion zur ehemaligen linken Künstlerkolonie Laubenheimer Platz in Berlin-Wilmersdorf. Geschichte und Bewohner der Kolonie 1927–1933.

Veranstaltung aus Anlass des 28. Todestages von Ernst Busch mit: Dr. Ingrid Pietrzynski und Prof. Dr. Jürgen Elsner

Ort: Berlin, **Kategorie:** Kultur, **Kosten:** 15 EUR, **Kontakt:** Helle Panke, **Tel:** 030-47538724, **Fax:** 030-47538775,

Besonderheiten: Karten nur im Vorverkauf über die Geschäftsstelle der Hellen Panke – Anmeldung auch über den Freundeskreis Ernst Busch, **Treffpunkt:** S-Bahnhof Pankow, Florastraße/Abfahrt pünktlich 10 Uhr

06. Juni 08, 13:00–17:00 Uhr,

RLS, Seminarraum 2, Franz-Mehring-Platz1, Auftaktgespräch Wirtschaftspolitik mit Prof. Christa Luft

09. Juni 18:00Uhr

Diskussion/Vortrag

Das Zukunftsinvestitionsprogramm und die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Linken Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik mit: Dr. Judith Dellheim, Berlin; Helmut Holter, M&L MV; Michael Schlecht, ver.di und Prof. Dr. Klaus Steinitz, Moderation

Ort: Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin, **Kategorie:** Gesellschaftstheorie, **Kosten:** 1,50 EUR, **Kontakt:** Helle Panke, **Tel:** 030-47538724, **Fax:** 030-47538775

16. Juni 08, 17:00–19:00 Uhr

Anlässlich 10 Jahre Ludwig Erhard Haus lädt die IHK Berlin ein zu einer Podiumsdiskussion zum Thema »Mindestlöhne in Deutschland« mit Bundesarbeitsminister Olaf Scholz im Ludwig Erhard Haus, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin, mit anschließendem Empfang und Public Viewing des EM-Fußballspiels Deutschland gegen Österreich.

17. Juni 08, ab 17:30 Uhr,

Unternehmertreff OWUS, Berlin-Brandenburg, Besichtigung BBI Schönefeld

13.–15. Juni 08

Fest der Linken in der Kulturbrauerei in Berlin

17.–19. Oktober 08

Unternehmerfahrt nach Elgersburg, Thüringen

Arbeitszimmer – Verfahren anhängig



Durch das Steueränderungsgesetz 2007 wurde die Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer neu geregelt. Ab 2007 können Aufwendungen nur noch dann abgezogen werden, wenn das Arbeitszimmer den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen oder beruflichen Tätigkeit bildet.

Mit dem Musterverfahren vor dem Finanzgericht Rheinland-Pfalz (Az.: 3 K 1132/07) wird nunmehr der Versuch unternommen, die Gesetzesänderung wieder zu kippen. Sie verstößt gegen den Grundsatz der

Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Der Ausgang des Verfahrens bleibt abzuwarten. Eine Entscheidung durch den Bundesfinanzhof oder durch das Bundesverfassungsgericht ist wahrscheinlich. Sobald dort ein Verfahren anhängig werden sollte, dürfte der Vorläufigkeitskatalog des Bundesministeriums der Finanzen erweitert werden.

Sollte bei Ihnen ein Abzug der Aufwendungen für das Arbeitszimmer wegen der gesetzlichen Neuregelungen nicht mehr in Betracht kommen, empfiehlt es sich Einspruch gegen den Steuerbescheid einzulegen und das Ruhen des Verfahrens zu beantragen.

Ihre Steuerberater sind Ihnen dabei gern behilflich.

Gerd Beck, Steuerberater, gerd.beck@etl.de

Haftungsfalle bei Subunternehmen

Nach den Vorschriften des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, sind sowohl inländische Arbeitgeber als auch Arbeitgeber mit Sitz im Ausland zur Einhaltung tarifvertraglicher Arbeitsbedingungen im Bau-, Reinigungs- und Briefdienstleistungsgewerbe verpflichtet. Darunter fallen u. a.:

- die Zahlung eines Mindestlohnes,
- die zwingende Anwendung von Urlaubsregelungen und
- die Zahlung von Beiträgen zur Urlaubskasse.

Darüber hinaus müssen ausländische Arbeitgeber vor Beginn jeder Werk- oder Dienstleistung an die Abteilung »Finanzkontrolle Schwarzarbeit« bei der Oberfinanzdirektion Köln eine Meldung abgeben. Hierauf sollten ggf. ausländischen Subunternehmer hingewiesen werden.

Sofern ein Subunternehmer die Bedingungen nicht einhält,

haftet der Auftraggeber für die Entrichtung des Mindestlohnes an die Arbeitnehmer oder der Urlaubskassenbeiträge an die Sozialkassen. Das Haftungsrisiko kann daher unabhängig vom Verschulden gravierend sein.

Darüber hinaus werden Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Arbeitnehmerentsendegesetz mit einem Bußgeld bis zu 500.000 EUR geahndet und es droht der Ausschluss von öffentlichen Aufträgen. Um diese unangenehmen Folgen zu vermeiden, empfehlen wir Ihnen, sich von den Subunternehmern Nachweise anzufordern, aus denen die Zahlung des Mindestlohnes und die Abführung der Sozialkassenbeiträge hervorgeht (z. B. Kopien der Stundenzettel und der Nachweise über gezahlte Löhne).

Gerd Beck, Steuerberater gerd.beck@etl.de



Rechtsfragen

Teilzeitarbeit

Ein Arbeitnehmer, dessen Arbeitsverhältnis länger als sechs Monate bestanden hat, kann die Verringerung seiner vertraglichen Arbeitszeit verlangen. Nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz muss der Arbeitnehmer in seinem Verlangen den Umfang der Verringerung spätestens drei Monate vor den Beginn der Verringerung geltend machen. Hierbei soll er auch die gewünschte Verteilung der Arbeitszeit angeben. Der Arbeitgeber hat der Verringerung der Arbeitszeit zuzustimmen und ihre Verteilung entsprechend den Wünschen des Arbeitnehmers festzulegen, wenn keine betrieblichen Erfordernisse dem entgegenstehen.

Bis spätestens einen Monat vor dem gewünschten Termin hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Entscheidung zur Verringerung der Arbeitszeit schriftlich mitzuteilen. Würde vom Arbeitgeber nicht spätestens einen Monat vor dem gewünschten Beginn der Verringerung der Arbeitszeit das Verlangen des Arbeitnehmers schriftlich abgelehnt, dann verringert sich Kraft Gesetzes die Arbeitszeit in dem vom Arbeitnehmer gewünschten Umfang.

Gerd Klier, Neuruppin

Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht

Zulässige Arbeitszeit

Die werktägliche (Montag – Samstag) Arbeitszeit darf nach dem Arbeitszeitgesetz acht Stunden nicht überschreiten. Sofern nach den Regelungen des Arbeitszeitgesetzes eine zulässige Verlängerung der werktäglichen Arbeitszeit vorliegt, muss innerhalb eines Zeitraums von sechs bzw. zwölf Kalendermonaten eine durchschnittliche werktägliche Arbeitszeit von acht Stunden vorliegen. Mithin darf die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit maximal 48 Stunden betragen. Selbst wenn im Einzelfall tarifvertraglich eine Überschreitung der täglichen Arbeitszeit zulässig ist, muss nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts innerhalb des genannten Zeitraums die Arbeitszeit so ausgeglichen werden, dass die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden nicht überschritten wird. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts unter Bezug auf die europarechtskonforme Auslegung nationaler Vorschriften sind keine Ausnahmen zulässig. Auch Zeiten der Arbeitsbereitschaft und des Bereitschaftsdienstes sind auszugleichen.

Gerd Klier, Neuruppin

Fachanwalt für Arbeits- und Sozialrecht

Impressum

Herausgeber: OWUS e.V., Vi.S.d.P. Renate Vehlou,
Redaktion: C. Hempel, R. Vehlou
Geschäftsstelle: Weydinger Straße 14-16, 10178 Berlin,
 Fon: 030 - 24 009 563, Fax: 03327 - 73 20 90, kontakt@owus.de

Satz/Layout/Druck: typgerecht berlin GbR, Schönhauser Allee 36, Kulturbrauerei · Haus 1, 10435 Berlin, 030 - 48 49 62 43
Fotos: Renate Vehlou, F. Sturm
Red. Schluss: 21.05.08
 Zuschriften können bei Veröffentlichung sinnwährend redaktionell bearbeitet worden sein. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.